

Lieber Herr Vorsitzende, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich beginne mit Zitat unserer Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hofmeister-Kraut von der Anhörung am 22.9: „Eine funktionierende Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine funktionierende Wirtschaft ist alles nichts“. Gemäß unseren Anhörungen fünf Themenfelder:

Soziale Marktwirtschaft als Garant für Anpassungs- und Zukunftsfähigkeit

Resilienz entsteht im Zusammenspiel von Staat und Privaten. Ich definiere Resilienz als Fähigkeit sich zu erholen, mit Schocks, die immer historisch eintreffen umzugehen und sich immer anzupassen. Es sind einerseits die Unternehmen der Privatwirtschaft, die am besten in der Lage sind, Entscheidungen für ihren eigenen wirtschaftlichen Erfolg zu treffen und so Innovationen als genuinen Teil wirtschaftlichen Handelns voranzutreiben. Andererseits muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen als Leitplanken für eine lebenswerte Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger schaffen. Diese Rahmenbedingungen integrieren zentrale Werte wie den Schutz der Allgemeingüter, des Eigentums, die Förderung von Ideenreichtum und Technologieoffenheit, das Bekenntnis zu fairem Handel und freiem Wettbewerb auf globaler wie auch lokaler Ebene, das Prinzip der Nachhaltigkeit sowie soziale Verantwortung und Gerechtigkeit.

Fachkräftesicherung für eine offene Zukunft

Der Arbeits- und Fachkräftemangel hemmt Wachstum und Produktivität unserer Wirtschaft. Bis 2030 fehlen voraussichtlich 800.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Diese Entwicklung wird durch die Effekte der Demografie noch deutlich verschärft. Wo qualifizierte Fachkräfte fehlen, ist die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen eingeschränkt und es besteht die Gefahr einer eingeschränkten Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen. Ein verschärfter Wettbewerb um Beschäftigte führt potenziell zu steigenden Ausgaben für Löhne und folglich auch zu einem erhöhten Inflationsrisiko. Wir halten daher eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik für notwendig, welche die Arbeitsproduktivität stärkt und forcieren eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des geltenden EU-Rechts. Bildung ist der Schlüssel zu Wohlstand, wirtschaftlicher Sicherheit, politischer Stabilität und gesellschaftlicher Teilhabe. Unverzichtbar für die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen sind daher weitergehende Investitionen in das Bildungssystem. Forschung und Innovation müssen gefördert und dafür mehr öffentlich-private Partnerschaften zur Entwicklung neuer Technologien etabliert werden.

Handelspolitik und Lieferketten in Zeiten der Transformation

In den jüngsten Krisen ist die Verletzlichkeit der Märkte aufgezeigt worden. Seltene Erden und Antibiotika werden zu großen Teilen aus China, Halbleiter aus Taiwan bezogen. Die Einbindung Baden-Württembergs in die europäische und internationale Wirtschaft hat unser Land wirtschaftlich stark gemacht. In Zeiten zunehmender Handelskonflikte ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Handels- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. Die Lieferketten stehen unter Druck, unter anderem durch geopolitische Risiken, Extremwetterereignisse, pandemische und andere Risiken wie Unfall- und Blockadeszenarien, Treibstoffmangel, Cyberattacken und Personalmangel. Um die Stabilität der Versorgung zu

verbessern, bedarf es einer gewissen Vorratshaltung an notwendigen Gütern, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie schneller wirtschaftspolitischer Reaktionen im Krisenfall.

Bürokratieabbau

Das Land unternimmt mit der Entlastungsallianz einen wichtigen Schritt zum Abbau überflüssiger bürokratischer Vorgaben, was weiter zu intensivieren ist. Um die Belastungen für Wirtschaft, Verwaltung und Bürger spürbar zu reduzieren und mit gutem Beispiel voranzugehen, erachten wir daher gerade auf Landesebene eine spürbare Reduzierung von Regelungen als notwendig. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Reduktion und Eindämmung von Regulatorik und Berichtspflichten. Berichte dürfen nicht Selbstzweck sein, sondern dienen der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Qualität von Regulierungen und Berichtspflichten ist entscheidend.

Eine moderne Wirtschaftspolitik sollte nicht überkommene Strukturen festschreiben. Die Transformation von Wirtschaftszweigen gelingt dann, wenn Freiräume und Experimentierfelder geschaffen und gefördert werden. Dies erfordert Technologieoffenheit, Offenheit gegenüber sozialen Innovationen, die Einbindung von gesellschaftlichen Akteuren in diese Transformationsprozesse, einen verlässlichen Rahmen und eine breite Zulassung von Marktprozessen. Es ist notwendig, einen verlässlichen wirtschaftlichen Rahmen zu schaffen und klare Signale der Wirtschaftspolitik zur Attraktivität des Standortes Baden-Württemberg zu senden.

Krisenbewältigung und -kommunikation sowie Pandemielehren für Unternehmen

Zur Krisenvorsorge ist folgender Dreischritt zu empfehlen: Der Staat muss soweit wie möglich für künftige Krisenszenarien Vorsorge treffen, staatliche Funktionen zur Krisenbewältigung ertüchtigen und Rahmenbedingungen schaffen, damit Bürger und Unternehmen mit Krisen umgehen und danach wieder Tritt fassen könnten. Ein frühzeitiges Krisenmanagement und im Krisenfall eine frühzeitige Krisenkommunikation gegenüber Wirtschaft und Industrie sind sicherzustellen. Gemeinsame Krisenreaktionspläne, Notfallregelungen und intelligente Krisen- und Pandemieschutzkonzepte müssen (fort-) entwickelt werden. Sie sind regelmäßig an neue Gegebenheiten anzupassen, abzustimmen und zu beüben sowie mit anderen Ländern zu harmonisieren. Dem Bedürfnis nach besser geordneten Prozessen der inhaltlichen Beteiligung von fachlich kompetenten Ansprechpartnern der Fachverbände (im Krisenfall) ist bei der Erarbeitung von Rechtsverordnungen und anderen Entscheidungen mit maßgeblicher Wirkung möglichst frühzeitig und substantiell Rechnung zu tragen. Im Krisenfall ist bei der Formulierung von Auflagen und Beschränkungen sowie bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen auf Klarheit und Verständlichkeit zu achten. Wirtschaftshilfen sind einfach und unbürokratisch aber zugleich transparent und rechtssicher zu gestalten, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Haushalten sollte nur dort erfolgen, wo sie am dringendsten benötigt wird. Staat und Politik müssen sich in einer Zeit multipler Krisen verstärkt auf ihre Kernaufgaben, äußere und innere Sicherheit, Bevölkerungsschutz, funktionsfähige Verwaltung und Rechtsordnung im Krisenfall konzentrieren. Schließen möchte ich mit den Ausführungen von Prof. Dr. Katharina Hölzle, dass im Chinesischen der Begriff der Krise aus Schriftzeichen für Gefahr und Chance zusammensetzt, Krisen führen auch zu Wendepunkten.